

Schriften zur Verfassungsgeschichte

Band 56

Parteiverbote in der Weimarer Republik

Von

Katrin Stein



Duncker & Humblot · Berlin

KATRIN STEIN

Parteiverbote in der Weimarer Republik

Schriften zur Verfassungsgeschichte

Band 56

Parteiverbote in der Weimarer Republik

Von

Katrin Stein



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Stein, Katrin:

Parteiverbote in der Weimarer Republik / von Katrin Stein. – Berlin :

Duncker und Humblot, 1999

(Schriften zur Verfassungsgeschichte ; Bd. 56)

Zugl.: Osnabrück, Univ., Diss., 1997/98

ISBN 3-428-09508-1

Alle Rechte vorbehalten

© 1999 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0553

ISBN 3-428-09508-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

„Ich will nicht die Parlaments- und Parteiwirtschaft, welche die Verpestung des gesamten nationalen Lebens mit Politik bewirkt...“

(Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, [1918], Neuausgabe Frankfurt a. Main 1956, S. 253)

„Wenn Sie nicht begriffen haben, daß die Erhaltung der Demokratie und der Republik das wichtigste Interesse der Partei ist, haben Sie nicht das ABC des politischen Lebens begriffen.“

(Rudolf Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD 1927, zitiert nach: Gordon Alexander Craig, Deutsche Geschichte 1866-1945, München 1980, S. 436)

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1997/98 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurden Rechtsprechung und Literatur bis Februar 1998 berücksichtigt.

Mein Dank gilt vor allem Herrn Professor Dr. Jörn Ipsen, der mir die Anregung zur Bearbeitung des Themas gegeben hat und durch den ich jederzeit die erforderliche Unterstützung erfahren habe.

Die Mühe der Erstellung des Zweitgutachtens nahm Herr Professor Dr. Wulf-Eckart Voß auf sich, dem ich ebenfalls meinen herzlichen Dank aussprechen möchte.

Ferner bedanke ich mich für die Hilfe, die mir durch die Mitarbeiter des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde und in Dahlwitz-Hoppegarten zuteil geworden ist.

Osnabrück, im November 1998

Katrin Stein

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel

Einleitung	21
A. Die Bedeutung der Thematik.....	21
B. Der Gang der Untersuchung.....	24

Zweites Kapitel

Parteiverbote in der historischen Perspektive	27
A. Die Bestimmung des „Parteibegriffs“ als Voraussetzung einer historischen Betrachtung - Die Anfänge des Parteiwesens.....	27
B. Vorläufer von Parteiverbotsregelungen.....	30
C. Das Revolutionsjahr 1848/49.....	33
D. Zwischen Revolution und Reichsgründung.....	34
E. Parteiverbote im Kaiserreich.....	37
I. Der öffentlich-rechtliche Status der Parteien.....	37
II. Verbotsregelungen im Kaiserreich.....	40
1. Parteiverbote auf der Verfassungsebene.....	40
2. Parteiverbote auf der einfachgesetzlichen Ebene.....	40
a) Parteiverbote aufgrund des Sozialistengesetzes.....	40
b) Parteiverbote aufgrund des Reichsvereinsgesetzes.....	43
F. Zusammenfassung.....	43

Drittes Kapitel

Die Position der Parteien in der Weimarer Republik	45
A. Die Parteien in den Beratungen der verfassunggebenden Nationalversammlung.....	45

B.	Die Stellung der politischen Parteien in der Weimarer Staatsordnung.....	46
C.	Die grundrechtliche Absicherung der Parteien.....	48
D.	Zusammenfassung.....	50

Viertes Kapitel

	Parteiverbote in der Weimarer Republik	51
A.	Verfassungsrechtliche Ausgangslage.....	51
I.	Die Möglichkeiten zu einem Ausspruch von Parteiverboten im „staatsrechtlichen Normalzustand“.....	51
II.	Die Möglichkeiten zum Ausspruch von Parteiverboten unter Ausschaltung der Wirkung des Art. 124 Abs. 1 WRV.....	52
	1. Parteiverbote als Maßnahmen der „Diktaturgewalt“.....	53
	a) Einordnung der „Diktaturgewalt“.....	53
	b) Die Diktaturbefugnisse als Rechtsgrundlage für Parteiverbote....	54
	aa) Die rechtlichen Voraussetzungen für die Ausübung von Diktaturgewalt.....	54
	(1) Die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten.....	54
	(2) Die Diktaturgewalt der Landesregierungen.....	57
	bb) Der Inhalt der Diktaturmaßnahmen.....	58
	cc) Möglichkeiten für eine Kontrolle der Diktaturgewalt.....	62
	(1) Die Möglichkeiten für eine politische Kontrolle der Diktaturgewalt.....	62
	(2) Die Möglichkeiten für eine gerichtliche Kontrolle der Diktaturgewalt.....	63
	(a) Kontrolleröffnung.....	63
	(aa) Verfassungsgerichtsbarkeit.....	63
	(bb) Abstrakte Normenkontrolle.....	65
	(cc) Inzidente Kontrolle.....	65
	(b) Der Umfang der richterlichen Kontrolle.....	66
	(3) Zusammenfassung der Kontrollmöglichkeiten.....	66
	2. Parteiverbote als Folge verfassungsändernder oder verfassungsdurchbrechender Gesetze.....	67
III.	Zusammenfassung.....	68
B.	Die einzelnen Verbotsgrundlagen und Parteiverbote.....	69
I.	Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes.....	69

Inhaltsverzeichnis

	11
1. Eingrenzung der behandelten Verbotsgrundlagen.....	69
2. Exkurs: Überblick über die Parteien am rechten und linken Rand des Parteienspektrums.....	71
a) Die Parteien der äußersten politischen Rechten.....	72
aa) Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.....	72
bb) Die Deutschsoziale Partei.....	73
cc) Die Deutschsozialistische Partei.....	73
dd) Die Deutschvölkische Freiheitpartei.....	74
b) Die Kommunistische Partei Deutschlands als Partei der äußersten politischen Linken.....	74
II. Parteiverbote aufgrund des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908.....	75
1. Regelungsinhalt der aus dem Reichsvereinsgesetz als Rechtsgrund- lage für Parteiverbote in Betracht kommenden Norm.....	75
a) Fortgeltung des § 2 Abs. 1 R VereinsG.....	75
b) Voraussetzungen.....	76
c) Formelle Erfordernisse.....	77
aa) Zuständigkeiten.....	77
bb) Sonstige formelle Erfordernisse.....	78
d) Rechtsfolgen.....	78
2. Rechtsschutzmöglichkeiten.....	79
3. Die Anwendung des § 2 Abs. 1 R VereinsG auf politische Parteien in der Staatspraxis.....	80
a) Die auf der Grundlage des § 2 Abs.1 R VereinsG erfolgten Partei- auflösungen.....	80
b) Die auf der Grundlage des § 2 Abs.1 R VereinsG ausgespro- chenen Parteiauflösungen als Gegenstände gerichtlicher Ent- scheidungen.....	81
c) Geltungsdauer der Parteiauflösungen.....	81
4. Zusammenfassung.....	82
III. Parteiverbote aufgrund des Gesetzes zur Durchführung der Art. 177, 178 des Friedensvertrages von Versailles.....	83
1. Regelungsinhalt der aus dem GDFV als Rechtsgrundlage für den Ausspruch von Parteiverboten in Betracht kommenden Norm.....	83
a) Voraussetzungen.....	83
b) Zuständigkeit.....	84
c) Rechtsfolgen.....	85